

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,50 Mk. im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schutzbrief für Deutschland und Österreich 10.— Mk., für das übrige Ausland 12,50 Mk. jährlich. Druckverlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— Mk. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Koeben 533-36, 2895 und 2896.

Inhalte kosten die abgesetzte Nonpareilgröße oder deren Raum 2,20 Mk. jezahl. 20%, Zeitungsgeschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die abgesetzte Nonpareilgröße 2,40 Mk. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,10 Mk., jedes weitere Wort 81 Pf., jezahl. 30%, Zeitungsgeschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1,10 Mk., jedes weitere Wort 81 Pf., netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Koeben 533-36, 2895-96, 9765

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Koalition auf demokratischer Grundlage.

Kamhafte Mitglieder des rheinischen Zentrums erlassen einen Aufruf zur Bildung eines festen Blocks der Christlichen Volkspartei. Sie können, wie sie sagen, nicht länger ruhig zusehen, wie im Zentrum eine Linksrückung zur Herrschaft gelange, die eine Umorientierung im Sinne liberalsozialistischer Tendenzen bedeute. Sie lehnen einen deutschen Einheitsstaat ab, der rücksichtslos alle gesetzgebende und anordnende Gewalt zentralisiere und fordern die volle Selbstständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Einzelstaaten.

Dieser letzte Punkt ist vielleicht der wichtigste des Programms, und man darf fast vermuten, daß es seinen Uebernehmern nicht nur um die Gleichberechtigung der bestehenden Bundesstaaten zu tun ist, sondern daß sie sie auch für ein noch zu schaffendes Staatsgebilde im Westen der Republik verlangen. Aber wie allenthalben gehen auch hier mit den Lösungsbestrebungen reaktionäre Absichten Hand in Hand. Der Ruf „Los von Berlin!“ läuft in Wirklichkeit auf eine Abgabe an eine Politik hinaus, die diese Herrschaften als radikal ansehen, und damit auf eine Trennung von der Koalition. Doch innerhalb des Zentrums Strömungen dieser Art vorhanden sind, ist längst kein Geheimnis mehr. Durch die starke Erschütterung, die die Stellung Erbsbergers in der Partei erlitten hat, haben sie zweifellos an Umfang und Kraft gewonnen, und dafür war ja auch die jüngste Rede des Abgeordneten Trimborn in der Nationalversammlung eine Bestätigung. Herr Trimborn kennt die politische Windrichtung besonders in seiner rheinischen Heimat und ist immer geneigt, ihr Rechnung zu tragen. Als unmittelbar nach der November-Revolution die Welle des Separatismus in Köln recht hoch ging, machte er sich zugleich zu seinem Wortführer, und wenn er jetzt Kritik an der Regierung übt, so beweist das, daß der Widerstand gegen die Koalitionspolitik am Rhein im Wesen begriffen ist. Er pflegt seine Bereitwilligkeit, sich je nach Bedarf umzustellen, mit der Pflicht zu begründen, das Ventil zu öffnen, um ein Klagen des Stiefels zu verhüten.

Mit der Unzufriedenheit im Zentrum laufen gewisse Bestimmungen in der rechtssozialistischen Partei parallel. Der „Vorwärts“ muß zugeben, daß in den Kreisen seiner Berliner Genossen die Koalition nur als ein taktischer Notbehelf empfunden werde, dessen man durch ein Erstarken der Partei bei den kommenden Wahlen gern entheben sein möchte. Man sei auch der Meinung, daß unter Umständen der Rücktritt in die Opposition einem Verbleiben in der Regierung vorgezogen werden müsse. Also auch hier keine reine Freude mehr an dem gegenwärtigen System. Auch hier der immer mehr in die Salme schießende Wunsch, den Weg ins Freie zu finden.

Während von den drei Regierungsparteien nur die Demokraten und die Freilich halten an der Koalition fest. Sie tun es, um die bei ihren fortschrittlichen Vorlesern beliebten Befähigungsworte zu gebrauchen: „voll und ganz“ und „unentwegt“. Der Wahlauftrag, mit dem sich der Parteivorstand an die Anhänger im Lande wendet, beweist es. Die Koalition, so verfährt er, sei in der Nationalversammlung die einzig mögliche Grundlage für eine Regierung gewesen und diese Regierung habe auch sehr schöne Erfolge zu verzeichnen. Sie habe dem deutschen Volk die edelste und freieste Verfassung der Welt gegeben. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft sei die Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Kräfte im Betrieb angewandt und damit der einzige Weg zur Ueberwindung des Klassenkampfes beschritten. Das Deutsche Reich sei durch die Befriedigung der kampflosen Finanzgebärung der Kriegszeit wieder kreditwürdig und kreditfähig gemacht worden. Der Arbeit der Mehrheitsparteien dürfe man es verdanken, daß der deutschen Wirtschaft gegenüber den gerissenen Kräften von links Grundlagen der Ordnung und des Wiederaufbaues geschaffen seien.

Die wirkliche Abwehr der Angriffe von links wird überhaupt mit großem Nachdruck hervorgehoben, und weil sich das für einen demokratischen Kapitalisten gut macht, wird auch etwas von einer bolschewistischen Revolution gefaselt, die im Anschluß an den Gewaltstreich der Kapp- und Lüttich wieder angebrochen sein soll. Auch die Parteien der Rechten und ihr Treiben werden gelobt, aber der stärkste Vorwurf, den die Demokraten gegen sie richten können, scheint der zu sein, daß sie sich nicht an dem Wiederaufbau auf demokratischer Grundlage beteiligt haben. An der demokratischen Grundlage soll auch in Zukunft festgehalten werden. Die Mehrheitsbildung im Sinne der

#### Maifeier 1920.

Bei Einführung der Maifeier war diese gedacht als eine Demonstration für den Arbeiterschutz — in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit —, dann für den Weltfrieden. Die Feier wuchs sich später aus zu einer Demonstration für die wichtigsten politischen Forderungen der Arbeiterschaft überhaupt. Gegenüber von mancherlei Irr in der Arbeiterschaft verhinderten es aber, daß die Maifeier zu dem wurde, wozu sie vor allem geeignet war: zur Vorbereitung für die entscheidenden Massenaaktionen im Kampfe um die Eroberung der politischen Macht.

Zwischen haben die deutschen Arbeiter — wie wir es immer von ihnen erwarteten — in dem politischen Massenstreik zur Abwehr der Konterrevolution

#### die wichtigste Massenaktion

durchgeführt, die die Welt bisher sah. Die Revolution brachte den Achtstundentag; ein Ausbruch der Arbeiterschutzbewegung ist von der Reichsregierung in Aussicht gestellt worden. Der deutsche Militarismus brach — gerade als er auf der Höhe seiner Entwicklung angelangt war — jähling zusammen. Dieser Zusammenbruch und der Fortschritt der Demokratisierung scheinen die Gefahr, die dem Weltfrieden von Deutschland aus drohte, beseitigt zu haben.

Hat all dem gegenüber die Maifeier noch einen Sinn?

Ja! Sie ist sogar notwendiger geworden, als sie jemals war.

Die Maifeier ist eine internationale Demonstration im Interesse der Proletarier aller Länder! Sie muß fortan in erster Linie dem Wiederaufbau einer revolutionär schlagfähigen und tatbereiten proletarischen Internationale gewidmet sein. Hätten wir die Maidemonstration zu solchen Zwecken nicht, so müßte sie dazu eingeführt werden.

Auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist — zumal in der Zeit der Weltwirtschaft — eine eminent internationale Angelegenheit. Deshalb ist selbst der Achtstundentag —, der doch nicht die Maximalgrenze der Verkürzung der Arbeitszeit darstellt —, solange nicht gesichert, solange er nicht international durchgeführt worden ist. Kaum eingeführt in Deutschland, wird aber auch schon mit allen Kräften versucht, ihn den Arbeitern wieder zu rauben. Das gleiche gilt vom übrigen Arbeiterschutz, es sei nur an den Schutz der Frauen und Kinder erinnert, den der Weltkrieg überall zum dringendsten Gebot selbst für die kapitalistischen Regierungen hat werden lassen.

Und ist die Frage von Krieg und Frieden nicht eine internationale Frage?

Das Ende des Weltkrieges hat die Kriegsgefahren nicht nur nicht beseitigt, es hat sie vielmehr erhöht. Solange die kapitalistische Warenproduktion besteht, können sie nicht schwinden.

Schwinden kann und muß aber alles, was zu Beginn des Weltkrieges zur Bekämpfung der Arbeiterklasse geführt hat, in erster Linie also der Nationalismus jeder Art.

Anstreben müssen wir mit allen dafür auswendbaren Mitteln die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse über alle Landesgrenzen hinaus und die Hebung des Kraftbewußtseins unserer Klasse.

#### Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Demokratie werde auch fernerhin allein Deutschland vor dem Bürgerkrieg schützen und seine Wiederherstellung fortführen können. Wenn also die jetzigen Regierungsparteien durch die Wahlen eine neue Majorität erhalten, so werden die Demokraten ohne weiteres wieder für die Koalitionsbildung zu haben sein.

Bei allem Kameradschaftsgefühl jedoch, das die Deutsche Sozialdemokratische Partei für ihre Freunde von rechts und links besitzt, muß sie sich besonders vor den Wahlen ihrer Selbstständigkeit bewußt bleiben und daher auch gewisse Trennungsstiche gegen ihre Bundesgenossen ziehen. Vom Zentrum scheidet sie im wesentlichen ihre Stellung zu Kirche und Schule und ganz allgemein zu den sogenannten Kulturfragen. Der Sozial-

Dem wie das Erleben des gewaltigsten und grausamsten aller Kriege die Kampferfahrung für den Sozialismus kolossal vermehrt hat, so hat er diesen auch zu der Erkenntnis verholfen, daß unbeschadet aller anderen Mittel, die im wirtschaftlichen und politischen Kampfe von uns angewandt werden müssen, von entscheidender Bedeutung doch

#### die Aktionen der Massen

selbst sein werden. Sie werden auch wie den Ausbau des Arbeiterschutzes so den noch immer aufstehenden Frieden mit Sowjetrußland erzwingen müssen, denn die Sozialisten in der Koalitionsregierung sind ja um so ohnmächtiger, je mehr sie sich den Methoden und Grundfragen bürgerlicher Politik nähern haben.

Je einmütiger und geschlossener, je mehr vom Betrachtern zu sich selbst getragen die Massen ihre Aktionen durchführen, um so wichtiger und zweckentsprechender werden diese sein.

Arbeiter, Genossen! Die Klassengegensätze haben ihren Höhepunkt erreicht. Die bisher herrschenden Klassen scheuen in ihrer Verzweiflung kein Mittel der brutalen Gewalt und der Niedertracht, um sich im Besitz ihrer Herrschaft zu halten oder wieder in den Besitz derselben zu bringen. Der Märzputsch und die gegenwärtige innerpolitische Situation sind berechte Beispiele dafür. Hinter der Parole: Kampf gegen den Bolschewismus sammeln sich wie in Deutschland so in anderen Ländern alles, was den nahe bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus anhalten möchte.

Umsonst! Frankreich, England, Amerika, Japan halten wider vom Gelöbe des verhärteten und umfangreicher gewordenen Klassenkampfes. In Sowjetrußland behaupten die Arbeiter die politische Macht, die sie errangen. Immer gewaltiger sammeln sich die Scharen hinter der Parole:

#### Nieder mit dem Kapitalismus! Hoch der Sozialismus!

Es ist, als wollte die Arbeiterschaft des einen Landes des des anderen als auffeuerndes Beispiel dienen. Kann ein günstiger Zeitpunkt für eine Demonstration gedacht werden, die alles in den Vordergrund rückt, was dem Fühlen und Denken der Arbeiterklasse, was ihr aus ihrem Lebensinteresse heraus gemeinsam ist?

Genossen und Genossinnen! Im Zeichen des kommenden Wahlkampfes und darüber hinaus, im Zeichen der sozialen Revolution, im Zeichen nicht zuletzt des internationalen Entscheidungskampfes gegen den Kapitalismus,

#### feiert den 1. Mai!

Feiert ihn selbständig als Mitglieder der U. S. D. ernst und wichtig als einen Tag des Kampfes und der Vorbereitung für den Kampf!

Heraus aus den Betrieben am 1. Mai! Die Arbeitsruhe ist nach wie vor die beste Form der Feier und gewaltige Straßen demonstationen geben ihre den wichtigsten Ausdruck.

Die Maifeier 1920 kann und muß die Worte aufs neue mit Leben erfüllen, mit denen einst das kommunistische Manifest schloß:

#### Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

demokratie, oder besser gesagt dem sozialdemokratischen Programm gegenüber, hat sie größere und gewichtigere Bedenken. Sie will nicht wie diese die Republik als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse verstehen, sondern als grundsätzlich und für immer klassenfreie Vertretung des ganzen Volkes, nicht als parteipolitische Durchdringung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als festliegende politische Grundlegung der Regierung, und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute. „Die Arbeitnehmer“, so lautet der charakteristische Satz in diesem Abschnitt des Aufrufs, „müssen ihr volles soziales, politisches und wirtschaftliches Recht erhalten, nicht weniger aber auch nicht mehr. Wir wollen und dulden keine kapitalistische Ausbeutung, aber wir wollen auch keine Diktatur oder Rekonstruktion einer

Berufslicht, sei sie noch so bedeutsam. Unsere Partei sieht und fällt mit dem reinen demokratischen Gedanken.

Hier haben wir den Liberalismus wie er lebt und leidet. Er müht sich immer noch wie einst im Rai an dem hoffnungslosen Versuch der Versöhnung der Klassen-gegenstände ab. Er will immer noch die mittlere Linie finden, auf der sich Kapital und Arbeit in höherer Harmonie vereinen. Er glaubt oder gibt vor zu glauben, den Klassenkampf beizulegen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhalten zu können. Die Demokraten schwören, daß sie keine kapitalistische Ausbeutung wollen und sie tun so, als ob sich mit der Durchführung einiger sozialer Reformen dieses Ziel erreichen läge. Die Erkenntnis vom Wesen des Kapitalismus ist ihnen noch nicht aufgegangen, oder wenn es doch der Fall ist, so suchen sie die Wahrheit hinter schönen Redensarten zu verbergen. Daß es nur die Alternative gibt: kapitalistische Ausbeutung oder Sozialismus, begreifen sie nicht oder sie sprechen es jedenfalls nicht aus. Sie bekennen sich zur reinen Demokratie und wollen sich und anderen weismachen, daß sie nicht nur den besitzenden Klassen, sondern auch dem Proletariat das Heil bringen werde.

Diese Anstrengung wird bei der Masse der Arbeiter-klasse versagen. Sie hat in den anderthalb Jahren demokratischer Republik genügend Erfahrungen machen können. Die volkswirtschaftlichen und soziologischen Auslassungen des Aufrufs könnten also von uns mit einem Umselbständigen Übergang werden, wenn sie nicht gerade im Zusammenhang mit dem Bekenntnis der Demokraten zur Koalition so sehr bezeichnend wäre. Die Partei kann doch nur dann an dem Bündnis mit der Sozialdemokratie festhalten, wenn sie überzeugt ist, daß es ihren wirtschaftspolitischen Auffassungen keine Gewalt antut, mit anderen Worten, daß die Sozialdemokratie sie an der Durchführung ihrer kapitalistischen Forderungen nicht hindert.

Damit aber ist dann die härteste Kritik an der Vorkriegs-Partei einer Arbeiterpartei an dieser Regierung geübt. Praktisch erweist sich jetzt die Wichtigkeit dessen, was Kautsky in seinem „Weg zur Macht“ über die Koalition einer proletarischen Partei mit bürgerlichen Parteien sagte: die bestehende Klasse verlangt und muß in ihrem Interesse verlangen, daß die Staatsgewalt fortfahre, das Proletariat niederzuhalten. Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mißgünstig werden, an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Blöckchen eingeeignet bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden.

Wann wird sich die Erkenntnis dieser auf der Hand liegenden Tatsachen bei den breiten Massen der Sozialdemokratischen Partei endlich durchgerungen haben?

### Völlige Entwaffnung Deutschlands.

H. N. Paris, 16. April.

Eine Anzahl französischer Abgeordneter hat in der Kammer folgende Resolution eingebracht: Die Kammer möge beschließen, im Interesse des allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung von normalen Beziehungen zwischen allen Nationen die vollständige Abrüstung von Deutschland zu erlangen und ferner die Regierung formell aufzufordern, daß die diesbezüglichen Abwicklungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages sofort durchgeführt werden. Außerdem verlangt sie, keinerlei Abschwächung anderer Bestimmungen des Vertrages zu dulden, ohne daß Gegenleistung gefordert wird. Deutschland dürfe weiter weder eine Armee noch militärische Organisationen, noch irgendwelche Bewaffnungen behalten und in seinem deutschen Staatsgebiet eine andere Armee als nur Polizei und Gendarmen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zulassen.

Wir sind mit der völligen Entwaffnung Deutschlands durchaus einverstanden, da wir in ihr eine der stärksten Bürgschaften für die Erhaltung des Weltfriedens sehen. Eine wirkliche Verühigung der Weltpolitik wird aber erst dann eintreten, wenn überall abgerüstet wird. Die Franzosen können also nichts Eiligeres und Besseres tun, als in ihrem Lande dem Militarismus ebenfalls den Lauf- daß zu geben.

### Gleichlaufende Instruktionen der alliierten Vertreter in Deutschland.

H. W. Paris, 16. April.

Im Laufe der Besprechung, die Millerand gestern mit Lord Derby hatte, hat der englische Botschafter vorgeschlagen, daß den alliierten Vertretern in Berlin gleichlaufende Instruktionen erteilt werden sollen, um der deutschen Regierung formell bekannt zu geben:

- 1. Daß man von ihr die genaue Ausführung des Versailler Vertrages und hauptsächlich der Vereinbarungen, die auf die Erziehung der Armee und Bewirtschaftung des Kriegsmaterials sich beziehen, erwartet, 2. daß die Mächte weder die Wiederherstellung des militärischen Regimes, noch eine politische Revolution dulden werden, 3. daß die Besprechungen, die die Mächte Deutschland für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau gegeben haben, die Bewilligung von internationalen Krediten und die Lieferung von Rohstoffen von den vorstimmten Bedingungen abhängig bleiben.

### Der amerikanische Eisenbahnerstreik.

Die Angst vor der Revolution.

New York, 15. April. (Reuter.)

Sieben Eisenbahnbeamte sind verhaftet worden. Die Verhaftung von weiteren 24 steht bevor. Der Streik dürfte seinen Höhepunkt überschritten haben. Die Kläfsche der Unabhängigen zur Arbeit hat begonnen; die Zahl der rollenden Säge hat sich vermehrt.

„Times“ meldet aus Washington, daß der Generalstaatsanwalt Palmer durch die Presse eine Warnung an das Volk gerichtet hat, in der es heißt, der Eisenbahnerstreik sei der letzte und größte Versuch der Kommunisten, in Amerika eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen. In der Land revolutionärer Schriften wird in der Rundgebung gesagt, daß das Streben nach Bildung einer großen Gewerkschaft nicht anders bedeute als einen Schritt in der Richtung auf die Diktatur des Proletariats.

# Die Offiziersverschwörung.

## Betrogene Betrüger.

Das Reichswehrministerium verbreitete Freitag mittag die nachfolgende Mitteilung; sie erreichte uns leider so spät, daß wir sie in unserer gestrigen Abendausgabe nicht mehr veröffentlichen konnten:

„Bei der Reichsregierung liefen gestern am späten Nachmittage Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium um 8 Uhr abends stattfinden sollte zwischen namentlich genannten Offizieren, die größtenteils dem Reichswehrgruppenkommando 1 angehören, und radikal gerichteten Arbeiterführern. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch ausführliche Angaben erheblich belästigt. Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Diensträumen des Hauptmanns v. Viebahn stattgefunden. Es haben daran teilgenommen: der Hauptleutnant v. Viebahn und Sohnleutnant, Kapitänleutnant Altvater, Leutnant v. Siebahn, ferner ein Zivilingenieur Meyer (unbekannt, kürzlich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt), sowie die Herren Bartram (nach seinen Angaben, Orkaner des Bereichs der Frontsoldaten) und Kahlerz (nach seinen Angaben Urmacher aus Groß-Lichterfelde). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat dann persönlich noch im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat alsdann angeordnet, daß sie mit Ausnahme des Hauptmanns v. Viebahn, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, bis zur weiteren Anweisung der Angelegenheit im Polizeipräsidium in Berlin in Schutzhaft zu halten sind. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wird heute vormittag durch Gegenüberstellung der Befassungen mit den Teilnehmern der Sitzung schneidend fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den anderen Umständen der Teilnehmer wird festzustellen sein, ob noch andere Personen an dieser Sitzung getreten waren, die aus irgend welchen Gründen nicht erschienen sind.“

Wir wollen heute zu diesen Mitteilungen folgendes bemerken: Vor etwa 14 Tagen wurde Genosse Wegmann zu einer Zusammenkunft mit Offizieren aufgefordert. Der Zweck sollte eine Annäherung an die revolutionäre Arbeiterpartei sein. Wegmann lehnte ab. Nichtsdestoweniger fand Anfang April eine Sitzung statt, an der u. a. auch der Kapitänleutnant Ehrhardt von der Marinebrigade gleichen Namens, der bekannte Kappist teilnahm.

Eine zweite Sitzung fand am 8. April statt. Wir wollen von Teilnehmern nennen: den General Ehrhardt, Kapitänleutnant Altvater, Major Stalpnagel, Herr Bartram, Ingenieur Meyer und einige Arbeiter. Besprochen wurde die Möglichkeit einer Verständigung der Offiziere mit den Arbeitern. Die Arbeiter wünschten die Einigung auf der Grundlage des Räte-systems, während die Offiziere eine berufsständische Vertretung vorschlugen. Dann kam die Frage der Bewaffnung der Arbeiterpartei zur Sprache. Dabei erklärte sich Altvater mit einem Vorschlage einverstanden, die militärischen Formationen zur Hälfte durch Arbeiter zu bilden; den entlassenen Soldaten sollten die Gewerkschaften anderweitig Arbeit vermitteln. Auf die Frage eines Teilnehmers glaubte Altvater auf diese Weise bis zu 800 000 Arbeiter bewaffnen zu können. Er wollte in einer nächsten Sitzung, die in einigen Tagen stattfinden sollte, genaue Details erteilen.

Nach dieser Sitzung trat Bartram neuerlich an Genossen Wegmann heran, den er in den Räumen der Betriebsrätezentrale aufsuchte. Wegmann lehnte wiederum ab, stimmte aber schließlich zu, einige Offiziere in seiner Wohnung zu empfangen, um womöglich die wahren Absichten der Offiziere kennen zu lernen. Die Unterredung fand Sonntag, den 11., nachmittags, in Wegmanns Wohnung statt. An ihr nahmen Altvater, dann Hauptmann und Leutnant Viebahn, Bartram, Meyer und Kahlerz teil. Viebahn setzte auseinander, daß eine Verbindung mit den Arbeitern hergestellt werden müsse, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Um die Bewaffnung der Arbeiter konnte man nicht herum. Er sei in der Lage, Waffendepots anzugeben. Wegmann äußerte sein Mißtrauen in die Absichten der Offiziere. Wenn sie wirklich ihre Absichten geändert hätten, dann müssen sie eine Form finden, das öffentlich zu erklären. Die Offiziere lehnten eine öffentliche Erklärung ab, denn dadurch würde die ganze Sache vorzeitig herauskommen. Kapitänleutnant Altvater meinte, es sei notwendig, daß an einem Tage in ganz Deutschland die Arbeiterpartei sich bewaffne, indem sie aus den Depots die Waffen hole. Dann könne eine proletarische Diktatur durchgeführt werden. Voraussetzung sei strenge Disziplin, die jungen Leute müßten entwaffnet werden. So wie bisher ginge es nicht weiter. In viel V. hätten die Defizitiere allein das Ruder in der Hand. Es seien verlässliche Demokraten, denen es bloß um die Futterkrippe zu tun sei, mit denen man nichts anfangen könne. Er selbst mache sich anheißig, ohne weiteres die Flottille in Sahnitz zu übernehmen, wenn es soweit sei.

Hauptmann Viebahn schlug Wegmann vor, Flugblätter für Soldaten zu drucken, in denen die Annäherung zwischen Arbeiterpartei und Soldaten vorbereitet werden sollte. Er selbst wolle ähnliche Gedankengänge in den „Offenen Worten“, der Zeitschrift der Reichswehr, propagieren.

Zum Schluß wurde mit großem Nachdruck das Verlangen nach strengster Geheimhaltung ausgesprochen. Es wurde gebeten, zur nächsten Zusammenkunft noch einen zuverlässigen Genossen von der U. S. P. und einen von der S. P. D. mitzubringen. Die Zusammenkunft wurde für Donnerstag im Reichsmarineamt verabredet.

Genosse Wegmann machte im Laufe des Donnerstags einigen führenden Genossen nunmehr Mitteilung von diesen Vorgängen. Die Genossen empfahlen Wegmann nicht zu dieser Zusammenkunft zu gehen und entschlossen sich nun, den Reichskanzler zu informieren. Darauf erfolgten die Verhaftungen.

Freitag mittag fand eine Gegenüberstellung der verhafteten Offiziere und des Genossen Wegmann statt, bei der die Offiziere den Versuch machten, ihren Äußerungen bei den Zusammenkünften eine harmlosere Bedeutung zu geben oder sie zum Teil zu bestritten.

Wir wollen dem noch hinzufügen, daß Herr Bartram zwei Tage vor dem Kapp-Putsch den Versuch gemacht hat, in ähnlicher Weise, wie später, über eine „Annäherung“ zwischen Offizieren und Arbeiterpartei mit Genossen Däumig in Verbindung zu treten, dabei aber eine energische Zurückweisung erfahren hat. Weder Bartram noch Kahlerz gehören zur Unabhängigen Partei.

Mit diesen Bemerkungen wollen wir es für heute genug sein lassen und zunächst das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Leider ist das Militärgericht für diese Angelegenheit zuständig.

### Haftentlassung der Verschwörer.

Offiziere wurde gestern mitgeteilt:

Wie die P. P. A. erfahren, hat sich der Polizeipräsident Richter entschlossen, gegen die im Reichswehrministerium festgenommenen Offiziere, Hauptmann v. Viebahn und Kapitänleutnant Altvater keinen Schutzbefehl zu erlassen, so daß sie beide wieder in Freiheit gesetzt sind. Die durch den Staatskommissar Dr. Weismann vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Offiziere erklärten, sie seien mit Wissen ihrer vorgehenden Vorgesetzten mit Vertretern der Arbeiterpartei in Verbindung getreten, um durch Vermittlung der Führer eine Waffenabgabe zu erreichen. Sie hätten vorschlagen, daß die Waffen der Arbeiter in Depots abgeben werden sollten, die unter gemeinschaftlicher Kontrolle des Reichswehrministeriums und der Arbeiterpartei ständen. Die Vermittlung habe der ihnen persönlich bekannte Herr Bartram übernommen. Dieser habe auch eine Besprechung mit Herrn Wegmann in dessen Wohnung am vorigen Sonntag nachmittag zustande gebracht. In der Besprechung sei von den Offizieren lediglich vorgelegt worden, daß das Mißtrauen zwischen Arbeiterpartei und Reichswehr verschwinden müsse. Dazu würde am besten die Waffenabgabe der Arbeiter und eine Verwaltung der Waffen unter gemeinsamer Kontrolle dienen.

Das als Zeuge vernommene Vollzugsratmitglied erklärte demgegenüber, er habe in die Unterredung nicht eingewilligt, weil Bartram, den er persönlich auch nicht näher kannte, ihm gesagt hätte, es handle sich um Offiziere, welche die bisherige Politik verdammen und einsähen, daß eine Befreiung Deutschlands nur durch die Diktatur des Proletariats möglich sei. Er habe den Offizieren ursprünglich sein Mißtrauen offen ausgesprochen, aber diese hätten wiederholt die Ehrlichkeit ihrer Bestimmung beteuert. Von einer Entlassung der Arbeiterpartei sei nicht die Rede gewesen, sondern von einer Verfassung zum gemeinschaftlichen Vorgehen mit der Reichswehr gegen die Regierung. Zum Schluß hätten sich die Anwesenden feierlich gegenseitig strengstes Stillschweigen zugesagt. Die Offiziere blieben demgegenüber bei ihrer Darstellung.

Angelehnt dieser Aussage war Polizeipräsident Richter der Auffassung, daß weder die beiden Offiziere wirklich an eine gemeinsame Verschwörung von Militaristen und Kommunisten gedacht hätten, — dann gehörten sie ins Irrenhaus und nicht in die Schutzhaft, oder daß sie durch eine Frist die Arbeiter zur Waffenabgabe hätten veranlassen wollen, — dann seien sie betrogene Betrüger. In jedem Falle komme die Schutzhaft nicht in Betracht, die nur bei unmittelbar drohender Gefährdung der Staatssicherheit verhängt werden dürfe. Ein etwas längeres Verweilen der Offiziere müsse disziplinar oder strafrechtlich geahndet werden, aber für die Schutzhaft sei in diesem Falle kein Raum.

### Kapp in Schweden.

Stockholm, 16. April.

Nach einer Meldung der „Afton Tidningen“ ist Dr. Kapp im Vahotel in Soedertälje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in Schweden landete, worauf er die Reise mit der Bahn in nördlicher Richtung nach Stockholm fortsetzte. Seitens des Hotels wird mitgeteilt, daß Kapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und in dem Hotel unter dem Namen Dr. v. Kapp auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise habe er nicht angegeben.

Heute mittag kamen zwei Detektive aus Stockholm nach Soedertälje an. Der angebliche Dr. v. Kapp erklärte ihnen, wer er sei. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittag begaben sich die Detektive zusammen mit Kapp in Automobilen nach Stockholm.

Der sozialdemokratischen schwedischen Regierung wird die Anwesenheit Kapps nicht gerade erwünscht sein. Es ist aber mehr als zweifelhaft, daß sie ihn ausliefern kann, da die Verbrecher, um deren willen er verfolgt wird, politischer Natur sind.

### Militärherrschaft ohne Belagerungszustand.

In der vorigen Woche hatte der Reichswehrminister Goltz mitgeteilt, daß der Belagerungszustand über Thüringen aufgehoben worden sei. Wir haben kürzlich an dem Falle der Erfurter „Aribüne“ gezeigt, daß der Reichswehrminister entweder falsch berichtet hat oder daß ihm die Macht fehlt, seine eigenen Anordnungen durchzuführen. Heute wieder ein ähnlicher Fall aus Langensalza.

Die Redaktion unseres dortigen Parteiblattes, die „Vollzeitung“, erhielt das folgende, vom 12. April datierte Schreiben:

„Auf Anordnung der hiesigen Militärbehörde machen wir Sie darauf aufmerksam, daß der Artikel: „Die Schreckensfrage von Langensalza“ in Nr. 70 geeignet ist, auf neue Unruhe in die Bevölkerung zu tragen. Wir ersuchen Sie, in der Folge nur Artikel zu veröffentlichen, die nicht die bestehende Ruhe und Ordnung gefährden.“

Der Magistrat und die Polizeibehörde. In Thüringen gibt es nach der Behauptung des Reichswehrministers keinen Belagerungszustand mehr. Trotzdem aber untersteht der Magistrat und die Polizeibehörde von Langensalza der dortigen Militärbehörde. Sie haben deren Anordnungen wie aus dem Drohbrief hervorgeht, Folge zu leisten. Dabei handelt es sich bei dem in dem Schreiben genannten Artikel vorläufig um eine bloße Ankündigung, die anscheinend die Herren Militärs so stark beunruhigt hat, daß sie die Veröffentlichung der Tatsachen mit allen Mitteln verhindern wollen. Die Redaktion unseres Parteiblattes bemerkt dazu, daß sie sich durch keine Drohung davon abhalten lassen wird, daß zu tun, was sie für ihre Pflicht hält.

# Das „gerichtliche“ Nachspiel zum Ablon-Standal.

Wester früh um 10 Uhr „gerühmt“ Seine königliche Hoheit, der Prinz Joachim Albrecht von Preußen in Begleitung des Mittelmehrs von Platen und seiner Durchlaucht des Erbprinzen von Hohenzollern-Langenburg im großen Saal des Landgerichtsgebäudes in Potsdam eine öffentliche Audienz zu gewähren. Prinz nahm auf einem Thronstuhl Platz, sondern aßerte mit seinem Gefolge die Anklagebank, aber der unterwürfige Ton, in dem er sprach, und der militärische Kommandotone, mit dem er seinen Richtern (1) gegenübertritt, zeigt deutlich, wer sich als Herr der Situation fühlt und es tatsächlich auch ist. Weiter der Verhandlung war Landgerichtsdirektor Baumbach, der auch dem Erbprinzen-Gesellschaftspräsidenten präsidierte. Aber von dieser Seite hatten die hohen Herrschaften nichts zu fürchten.

Ueber seinen Lebenslauf besaß, berichtet der Prinz seine Biographie an der Niederschreibung der Dekrete in Südwestafrika und an den einzelnen Schlachten des Weltkriegs. Er gibt sich als „alter königlich preussischer Offizier“, der sich um Politik nie gekümmert habe, und behauptet, daß er wegen Anarchie seinen Kaiser, König und Herrn nicht länger dienen konnte.

Ueber den Vorfall im Hotel Ablon erklärt der Prinz, daß er einen Streit mit den Mitgliedern der französischen Mission nicht gewollt und auch nicht provoziert habe. Das Spielchen des Liebes Deutschland, Deutschland über alles, sei an diesem Abend nicht von ihm veranlaßt worden. Wie alle anwesenden deutschen Gäste wurde er durch das ostentative Verhalten einer einzigen Heinen Tischgesellschaft in große Erregung versetzt. Er habe seinem Kammerbedienten dadurch Ausdruck gegeben, daß er mehrere Wachen setzen an die Erde schickte. Er habe diese Wachen nicht nach der Tischgesellschaft geschickt, die er nicht kannte und von der er nicht erfahren habe, daß es Franzosen seien. Auch seine Mitangeklagten habe er erst nach dem Vorfall kennen gelernt, von einem betretenden Vorgehen könne nicht die Rede sein.

Der zweite Angeklagte Mittelmehr von Platen mußte wegen Hergeizens den Militärdienst aufgeben und ist Kaufmann geworden. Von Platen ist nur in der Erregung „Aufsteigen“ gerufen haben, bestreitet aber jede Drohung; insbesondere will er nicht mit einer Falsch zum Schloß ausreißt haben.

Erbprinz zu Hohenzollern-Langenburg behauptet das Opfer einer Personenverwechslung zu sein. Er sei nur aus Reue in den Saal, wo der Kumult stattfand, vor, gegangen und wider Willen in das Handgemenge geraten. Hierbei habe er seinen Halsbruch verloren, mit dem ein Unbekannter den französischen Hauptmann von Mougevin geschlagen habe.

Die Verurteilung fiel am günstigsten für den Mittelmehr von Platen aus, da der Hauptbelastungszeuge, Graf Wolf Metternich zur Gracht in der Schwere weilt und nicht zur Stelle zu beschaffen war. Die übrigen Zeugen belundeten nur, daß von Platen „Aufsteigen“ und „Ausschrei“ gerufen habe und mit der gefüllten Faust drohte. Die weitere Belundung aus der Voruntersuchung, daß von Platen mit einer Flasche losgeschlagen wollte, wurde von einem Zeugen fallen gelassen. Diese Handlung soll ein anderer Herr, der am Tische mit von Platen saß, ausgeführt haben.

Bedeutend schwerer wurde Prinz Joachim Albrecht belastet. Die Zeugen belundeten im einzelnen, daß der Hohenzoller sowohl mit Wuchergeldern, wie auch mit einer Ruffantentasse und einem Rotweinglase nach dem Tisch der Franzosen gewesen habe. Auch der französische Kapitän Mougevin erklärt mit Bestimmtheit, daß der Prinz die Wachen nicht zu Boden geworfen habe, sondern daß die Wache direkt gegen ihn und seinen Kammerbedienten gerichtet gewesen seien.

Am ungünstigsten schied der Erbprinz zu Hohenzollern bei der Beweisaufnahme ab. Ein Zeuge erkannte ihn mit Bestimmtheit als den Komdb im Stad wieder, der in baldmündiger Stellung den auf der Erde liegenden Kapitän Mougevin mit dem Laßfuß drei bis viermal ins Gesicht geschlagen hatte. Alle Versuche der Verteidiger, den Zeugen in seiner Aussage zu erschüttern, waren nergeblich.

Staatsanwalt Grelch mußte zugeben, daß es einer ganzen Anzahl der Hauptzeugeten an diesem Standal gelungen ist, sich der öffentlichen Strafverfolgung zu entziehen. Er erklärte es für unpassend, beim Saß und Schlimmeren zwischen Wuchergeldern und leichter Wuch nationaler Lieber zu spielen. Bezüglich des Prinzen von Preußen sei mehr erwiesen, als „Seine königliche Hoheit“ zugibt. Die Handlung des Erbprinzen wollte er durch das Strafmaß charakterisieren. Von einer Weidkreffe könne nicht die Rede sein. Der Staatsanwalt beantragte folgende Strafen: Gegen den Prinzen Joachim Albrecht wegen gemeinschaftlicher Mordtötung eine Gefängnisstrafe von 500 W. Gegen den Mittelmehr von Platen wegen des gleichen Deliktes 300 W. Geldstrafe. Ferner gegen den Erbprinzen Gottfried von Hohenzollern-Langenburg wegen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Die Verteidiger Justizrat Wenzler und Schod zinsner appellierten an den Nationalismus und das Standes- und Klassengefühl der Richter. Als Schlüsselwort hielt der Prinz Joachim eine militärische Ansprache, zu der Richter und Schlichter herbeiliefen. Von einer Verurteilung seinerseits sei überhaupt nicht die Rede.

Das Urteil lautete gegen den Prinzen Joachim Albrecht acht von Preußen auf 500 W. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbetriebsfalle je 10 W. ein Tag Gefängnis tritt; gegen den Mittelmehr von Platen 300 W. Geldstrafe oder je ein Tag Gefängnis für 10 W.; gegen den Erbprinzen Gottfried von Hohenzollern-Langenburg wegen gefährlicher Körperverletzung 1000 W. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbetriebsfalle für je 10 W. ein Tag Gefängnis tritt. Was der Begründung sei nach herparaphrasieren, daß das Gericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß ein in Deutschland lebender Ausländer nicht höher bestraft werden darf, weil er ein Ausländer ist und sich nicht gemocht hat. Dafür steht der Richter das Recht der Ausweisung zu. Aber das Gericht lehnt es ab, der Entente oder sonst einem Feinde zu Liebe ganz gleich, was Voraus entsteht, gegen sein Gewissen und seine Überzeugung zu handeln. Das Gericht hat daher bei allen Angeklagten auf Geldstrafe erkannt. Das Gericht bedauert nur, daß es auf Grund der veralteten Gesetzesbestimmung nicht auf eine Strafe, die dem Vermögen der Angeklagten entspricht, erkennen konnte.

Es ist äußerst interessant, einen betartigen humanen Grundsat gegenüber Ausländern aus dem Munde eines preussischen Richters zu hören. Leider haben wir diesen humanen Grundsat nicht in den Begründungen von Urteilen gefunden, die gegen Ausländer gerichtet waren, sondern gerade bei Ausländern, die der ärmsten Klasse angehörten, eroditieren hohe Strafen angetroffen. Dieses Urteil ist in seiner Weise geeignet, den Ruf der deutschen Rechtspflege zu heben. Es bildet einen Kullak zu den Prozessen, die wegen der Kriegsverbrechen vor dem Reichsgericht schweben.

## Das Militärverorgungsgezet.

Dem Ausschuh für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zur Stellungnahme vorgegangen. Der Ausschuh soll sich darüber Schluß nehmen, ob das umfangreiche Gesetz in der kurzen Tagungszeit noch erledigt werden kann oder nicht. Zur Klärung über den Stand und Umfang der Anträge sind Ministerialdirektor

Dr. Schwedger vom Reichswehrministerium einen instruktiven Ueberblick. Die Zahl der Kriegsgeschädigten beläuft sich auf annähernd 14 Millionen, der Zugang der Rentenempfänger beträgt monatlich circa 50 000. Kriegshinterbliebene, Witwen, Waisen und sonstige Unterstützungsberechtigten gibt es nahezu 3 Millionen. Zur Erledigung der Versorgungsansprüche werden 23 Hauptverwaltungsämter und 103 Verwaltungsämter mit rund 50 000 Beamten nötig sein. Die Versorgungssumme wird auf 4 bis 4 1/2 Milliarden Mark im Jahr geschätzt. Zum Schluß hat der Ministerialdirektor um bestimmte Erledigung der Vorlage noch bevor die Nationalversammlung auseinandergeht. Die Geschädigten erwarten dies bestimmt.

Danach gab Geheimrat Kerschbaumer eine eingehende Erläuterung der Gesetzesbestimmungen.

## Die Staatsbediensteten und der Sozialismus

Die sechs von der U. S. P. D. beantragten Verfassungen für die Staatsbediensteten waren für die Partei ein voller Erfolg. Die Referenten beleuchteten die sozialistischen Gedankenengänge und wiesen nach, daß nur der Sozialismus die Allgemeininteressen und somit auch die Interessen der Beamten vertritt. Die von der gognoistischen Seite aufgestellte Behauptung, daß die U. S. P. D. den Staatsbediensteten den geschützten Lebensabend (Pension) nehmen wolle, wurde als völlig unrichtig nachgewiesen. Unter der lebhaften Zustimmung der Versammlungsbesucher fand überall folgende Resolution Aufnahme:

Alle vor dem 9. November 1918 erlassenen Gesetze und Verordnungen sind schleunigst im Geist der neuen Zeit zu ändern und im Falle der Anwendung berart ausulegen, daß bei dem freiwilligen Wechseltagsgefühl unbedingt Genüge getan wird.

Die gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Staat werden aufgefordert, diesem Willen alsbald Geltung zu verschaffen.

## Disziplin des freien Mannes.

### Tagung des Wirtschaftsverbandes der Berufssoldaten.

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten sprach der Reichswehrminister Gehler. Seine Rede kennzeichnet ihn als einen rofigen Optimisten und mangelhaften Logiker. Was er sagte, war das, was man eine schöne Rede nennt. Das Heer meinte er, dürfe nicht von irgendwelchen Führern mißbraucht werden, wenn es auch ein Soldatenheer sei. Lebendige Fühlung zwischen Volk und Reichswehr müssen der Welt zeigen, daß unsere Truppe etwas anderes ist als ein Soldatenheer. Die Reichswehr ist so gut wie jeder andere Stand ein Teil des deutschen Volkes mit allen seinen Rechten und Pflichten, sagte der Minister.

Das ist ein trefflicher Grundsat, der bei richtiger Anwendung viele Schäden des Soldatenheeres gegenstandslos machen kann. Das Uebel ist nur, daß er nicht angewendet wird. Woher soll die wünschenswerte Fühlung zwischen Volk und Heer kommen, wenn durch die Mittel der verächtlichen Entpolitisierung die Ab-sperrung der Soldaten von der übrigen Bevölkerung frampfhaft erhalten wird? Dieser Entpolitisierung setzt man die Krone auf, indem man den Soldaten das Wahlrecht, das wichtigste Recht des Volkes, vorenthält. Wenn die im Reichswirtschaftsverband organisierten Soldaten selbst dieser Entrechtung zugestimmt haben, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß sie die politische Propaganda fürchten, weil sie wissen, daß die durch die völlig militärische Heeresverfassung den Offizieren gegebene Macht diesen die Möglichkeit bietet, solche Propaganda einseitig ganz in ihrem Sinne zu betreiben und jede andere Meinung im Heer rücksichtslos zu unterdrücken. Diese Furcht aber ist keine „Disziplin des freien Mannes“, die Herr Gehler in seiner Rede von den Soldaten forderte. Sie kann auch nicht die Grundlage dafür bilden, daß — um wieder mit Herrn Gehler zu reden — die Truppen ein absolut sicheres Instrument der verfassungspolitischen Entwicklung des deutschen Volkes werde. Erst wenn die Soldaten sich innerlich, aus geheimer Ueberzeugung als Bürger der Republik mit demokratischer Gesinnung und demokratischen Pflichten fühlen, erst dann werden sie dieser Anforderung genügen. Dazu aber ist politische Schulung nötig, die nur erworben wird in der Arena des politischen Kampfes, das heißt durch Ausübung politischer Rechte. Die Entpolitisierung der Armees sollte man nicht zu erreichen suchen durch Entrechtung der Soldaten, sondern durch die Entfremdung jenes gefährlichen Offiziersklingels, der sich der Armees bemächtigt als Mittel für seine politischen Zwecke bedient. An diesem Zustand ändert die von der Regierung betriebene „Entpolitisierung“ nichts und man sollte endlich begreifen, daß sie zu den schlimmsten Verbrechen des verderblichen Kaiserthums gehört.

Hier erweist sich also Herr Gehler als der schlechte Logiker. Als hinterlistigen Optimisten aber gibt er sich dadurch zu erkennen, daß er behauptet, die Truppen hätten sich durch ihr Verhalten im Ruhrgebiet das Vertrauen im Volke zurückgewonnen, das so schmachvoll verloren worden war. Wir wissen nicht, was Herr Gehler unter „Volk“ versteht. Wenn er die Arbeiterschaft dazu rechnet, dann irrt er. Sie fordert mehr. Und nicht zuletzt von ihm selber.

## Die gewerkschaftliche Einheitsfront.

### Ein Beschluß des Beamtenbundes.

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich in der Sitzung vom 13. April mit der Stellung des Bundes gegenüber den Gewerkschaften und den politischen Parteien, wie sie in verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit zum Ausdruck gebracht war. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Deutsche Beamtenbund hält es für notwendig, in allgemeinen Arbeitsverträgen — unter Ausschluß parteipolitischer Fragen — mit sämtlichen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zusammenzuarbeiten.
  2. Eine Beteiligung des Beamtenbundes an gewerkschaftlichen Aktionen darf nur erfolgen, wenn politische Parteien dabei nicht mitwirken.
  3. Unterzeichnung von Aufrufen, Erklärungen usw. darf nur nach Zustimmung des Vorstandes erfolgen.
  4. Ein außerordentlicher Bundeskongress wird innerhalb kürzester Frist, spätestens im Monat Mai einberufen.
  5. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes stellen dem außerordentlichen Bundeskongress insgesamt ihre Komter zur Verfügung.
- Wir haben die Bewegung innerhalb des Beamtenbundes Details vor einiger Zeit behandelt und unsere Erfahrungen zu den ein-

schränkenden Erklärungen der Angestellten und Beamten bei Gelegenheit eines ähnlichen Schrittes der Afa dargestellt. Auch diese Erklärung beschränkt zwar den Spielraum der Bundesleitung, ohne indes ein Zusammenwirken sämtlicher Gewerkschaftsgruppen auszuschließen. Wir glauben indes, daß Situationen eintreten können, die alle diese Beschränkungen automatisch aufheben. In revolutionärer Zeit wird die Taktik mehr als sonst durch den Augenblick bestimmt und der Wandel von Dingen kann vorweggefaßte Beschlüsse schnell zu Malakatur werden lassen.

## Folgen des Ausnahmezustandes.

### Truppen gegen Arbeitslose in Hamburg.

Hamburg, 15. April.  
Aus Anlaß einer von der Arbeiterunion einberufenen, aber vom Garnisonältesten, weil nicht angemeldet, verbotenen Versammlung Arbeitsloser auf dem Heiligengefeld, schritt Sicherheitswehr ein. Der Chef der Sicherheitswehr teilte darüber mit: Von Erwerblosen wurde nachmittags trotz aller Warnungen eine Versammlung auf dem Heiligengefeld abgehalten. Die Versammlung wurde, da nicht genehmigt, aufgelöst. Demonstrationsaufzug wurde nach Abgabe von Schreckschüssen ersprengt. Verluste nicht eingetreten bis auf einen Mann, der sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen versuchte.

Die Meldung ging der Redaktion erst in später Nachtstunde zu, es war deshalb unmöglich, nähere Erkundigungen über den Sachverhalt einzuziehen. Den Erklärungen auf der Flucht stehen wir nach den bisherigen Erfahrungen mit größtem Mißtrauen gegenüber.

## Beratung der Reichswahlrechtsvorlage.

Der Verfassungsausschuh der Nationalversammlung legte am Donnerstag abend seine Beratungen der Wahlrechtsvorlage vor. Er nahm zunächst die §§ 25 bis 27 (Stage der Gültigkeit der Stimmen, Ermittlung des Wahlergebnisses, Formulierung des Prinzips der automatischen Wahl) ohne erhebliche Debatte an. Im § 28 ist bestimmt, wie die Reststimmen vom Verbandswahlausschuh verzeichnet werden sollen. Dieser geht die im Wahlkreisverband auf die Wahlvorschläge gefallenen Stimmen zusammen und teilt jedem Wahlvorschlag soviel Abgeordnetensitze zu, daß je einer auf 50 000 für ihn abgegebene Stimmen kommt. Die Sitze sollen den Kreiswahlvorschlägen nach der Größe der Stimmreichhaltigkeit zugewiesen werden. Ein neugebildeter Abzug 2 besagt: Die Reststimmen werden (nämlich jenseits des Verbandswahlausschuhes) unberücksichtigt, wenn nicht wenigstens auf einen der verbundenden Kreiswahlvorschläge 30 000 Stimmen abgegeben sind. Absatz 3 bestimmt dann aber: Die bei der Verrechnung der Reststimmen im Wahlkreisverband nicht verbrauchten oder nicht berücksichtigten Reststimmen werden zur Verrechnung auf der Reichswahlkarte überwiegen. Eine Beschränkung des Abz. 3 ist dann aber wiederum in einer neuen Bestimmung des Art. 29 geschaffen, wonach einem Reichswahlvorschlag höchstens ein Drittel der Abgeordnetensitze zugewiesen werden darf, die auf die ihm angefallenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Nach lebhafter Aussprache wurde § 28 in der oben mitgeteilten Fassung angenommen.

Bei der Abstimmung über § 29 wurde beantragt, statt ein Drittel nur einhalb zu setzen, um es damit Gruppen von einer gewissen Größe doch zu ermöglichen, eher zum Zuge zu kommen. Der Antrag wurde angenommen und mit ihm (gegen 2 Stimmen) der ganze § 29.

Die §§ 30 bis 33 fanden nach unerheblichen Debatten mit kleinen Änderungen Annahme. Der § 34, der von der Wiederholungs Wahl handelt, wo durch Naturereignisse oder Gewalt die Wahlen verhindert wurden, wurde beantragt. Nach einer anderen Formulierung durch Minister Koch erklärte sich der Ausschuh mit dem § 34 einverstanden.

Der Abschnitt „Wahl der Auslandsdeutschen“ (§§ 35 bis 38) wurde zurückgezogen.

Die Schlußbestimmungen wurden erledigt. Der Unterausschuh zur Beratung der Wahlkreisverteilung und zur Festlegung der Wahlkreisverteilung tritt am heutigen Freitag zusammen. Nach Erledigung seiner Arbeiten und berienigen der Reaktionskommission wird der Verfassungsausschuh die endgültige Fassung des Wahlgesetzes vornehmen.

## Deutsche Nationalversammlung.

### 103. Sitzung, Freitag, den 16. April 1920, 1 Uhr nachm.

Präsident Behrendt teilt mit, daß der Oberreichsanwalt telegraphisch die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse gegen den Abg. Graf (U. Sc.) beantragt. Der Antrag wird dem Wahlschlichtungsausschuh überwiegen.

Nach Beantwortung einer Reihe kleinerer Anfragen folgt die zweite Lesung des Gesetzes über ein Enteignungsrecht der Gemeinden bei Aushebung oder Ermäßigung der Abgabenschränkungen.

Abg. Solmann (Soz.) berichtet über die Ausschuhverhandlungen. Die Vorlage will die Spekulation mit dem freierwerbenden Wohnungsgelände verhindern. Zu diesem Zweck sollen die Gemeinden das Gelände gegen Entschädigung enteignen können. Der Ausschuh wünscht, daß auch dem Reiche gehörige Gebäude diesem Enteignungsrecht unterliegen sollen, wogegen sich die Regierung allerdings wehrt.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung im wesentlichen in der Regierungsfassung angenommen. Reichsbesitz soll der Enteignung nicht unterliegen.

Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes über die Grundschulen und die Aushebung der Volksschulen. Danach wird bestimmt, daß die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten ist. Durch die Landeszentralbehörden kann zugelassen werden, daß noch weitere Jahrgänge einer Volksschule als Grundschulklassen eingerichtet werden. Die bestehenden öffentlichen Volksschulen und Volksschulklassen sind alsbald aufzuheben. Der gesamte Aufbau muß bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 abgeschlossen sein. Es kommt zu einer ausgedehnten Debatte, hauptsächlich über die Dauer der Grundschule. Die Demokraten wollen es bei der vierstufigen Grundschule belassen, die Rechtskonservativen wünschen eine sechsstufige, die Unabhängigen eine achtstufige Grundschule. Genosse Kunert sprach sich für die völlige Beibehaltung des Privatunterrichts aus, nur im Falle großer körperlicher Gebrechlichkeit soll er zugelassen werden. Nach langer Eingangsrede wurde das Gesetz mit unwesentlichen Änderungen im allgemeinen in der Ausschuhfassung angenommen. Der Gesetzentwurf über die Aushebung der Gebührens-freiheit im Post- und Telegraphenverkehr wurde dem Ausschuh zur Beratung überwiegen. Am Sonnabend stehen auf der Tagesordnung außer kleineren Vorlagen zwei Interpellationen über die belgischen Gewaltmaßnahmen in Eupen und Malmedy und über die Abgrenzung Ostpreußens.



Gewerkschaftliches.

Zur Abwehr.

Die Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 10. d. M. und die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 9. April enthalten einen Bericht über eine Sitzung der Funktionäre der Berliner Holzarbeiter. Nach diesen Berichten hat der Genosse Siegle wegen der Zentrale der Betriebsräte schwere Angriffe erlitten und die Tätigkeit der Zentral-Verwaltung, der er selbst angehört, herabzusetzen versucht. Die Zentrale und zu folgender Besetzung genügt: In der Sitzung der Zentral-Verwaltung vom 10. März wurde in Gegenwart der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission einstimmig beschlossen, sofort die Wahl revolutionärer Betriebsräte vorzunehmen zu lassen. In der Nacht vom 19. zum 20. März fanden die Verhandlungen des Gewerkschaftsbundes und der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission mit der Reichsregierung statt, die zur Annahme der bekannten acht Punkte führten und der Gewerkschaftsbund und die Berliner Gewerkschaftskommission veranlassen, den Generalstreik als beendet zu erklären.

Die Sitzung der Zentral-Verwaltung vom 20. März befaßte sich mit dem Erscheinen der Verhandlungen und mit der militärischen und politischen Lage in Berlin und im Reich. Mit Ausnahme der Vertreter der Gewerkschaftskommission war die Sitzung einmütig der Ansicht, daß der Streik fortgesetzt werden müsse. In derselben Ansicht kam auch das Zentral-Komitee der U. S. P. D. in der Sitzung vom 21. März.

Siegle hat in der Sitzung der Funktionäre der Holzarbeiter behauptet, der Streik sei fortgesetzt worden, lediglich zum Zwecke der Wahl von revolutionären Betriebsräten. Damit habe sich die Betriebsrätezentrale wieder eine Plattform schaffen wollen.

Wie die von uns bekanntgegebenen Tatsachen beweisen, wurde der Beschluß zur Wahl revolutionärer Betriebsräte gefasst zu einer Zeit, als auch der Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaftskommission den Generalstreik noch für notwendig hielten. Als diese Körperlichkeiten den Streik für beendet erklärt hätten, wären für die Zentral-Verwaltung andere Gründe maßgebend, die Fortführung des Generalstreiks den Arbeitern zu empfehlen. Warum Siegle zur Aufstellung so unzutreffender Behauptungen kommt, ergibt sich aus seinen weiteren Angriffen auf die Zentrale der Betriebsräte.

Wir verzichten auf eine öffentliche Auseinandersetzung in der Tagespresse und überlassen den Berliner Arbeitern das Urteil. Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins.

Anmerkung der Redaktion: Infolge eines Druckfehlers, der sich aus einem telephonischen Gespräch ergab, ist dieser Artikel, der bereits vor einigen Tagen bei uns eintraf, bis jetzt ungedruckt geblieben.

Lohnkampf der Bremer Buchdrucker.

Der Bezirksvorstand der Bremer Buchdrucker hat und folgende Notiz gegeben:

Die Bremer Buchdrucker befinden sich seit dem 10. März, heute fünf Wochen, in einem Lohnkampf und haben einen besonders schweren Kampf zu führen. Erstens gegen das seit zusammengebrochene Unternehmertum und zweitens gegen eigene Verhandlungsinstanzen. Wie sehr letztere den Rücken der Unternehmern führen, mag man aus folgendem Telegramm erkennen:

Berlin 10. 4. 11.25 morgens.

Sammlung Prinzipale verlangt vom Tarifamt Zusammenstellung der Arbeiter nach Bremen. Will Zusammenstellung öffentlich zur Verfügung aufgestellt haben, Ausschluß der Gehälter aus Tarifgemeinschaft, Übernahme Bremer Druckarbeiten auf andere Druckereien, Bremer Prinzipalität Wirtschaftshilfe zurückgezogen, andere Wirtschaftshilfe dagegen nicht gemacht. Einigungsmöglichkeit sonach nicht vorhanden. Appelliere nochmals freundschaftlich und bringen als Kollege an Bremer Kollegenschaft, nehmt Arbeit auf, laßt Widerstand im Allgemeininteresse fallen, übernimmt nicht Lieferantenvermittlung für allgemeinen Streik. Werde für Zahlung der hundert Reich Wirtschaftshilfe sorgen. Schließt.

Unsere eigenen Instanzen erwidern uns somit eminenten Unternehmertum. Wir bringen diese Tatsache der Kollegenschaft Deutschlands auf diesem Wege zur Kenntnis. — Wir sind gezwungen, uns an die Arbeiterpresse zu wenden, da wir zu unserem eigenen Verhandlungsorgan nicht das Vertrauen haben, daß viele Stellen Aufnahme finden. Begründet ist dieses

Wittrauen dadurch, da unser Verhandlungsorgan nicht mal die rein sachlich gehaltenen Berichte vom Bremer Streik zum Ausdruck brachte.

Der Achtstundentag in der Krankenpflege.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Mittwoch im Lehrerbereinshaus eine von rund 8000 Personen besuchte Protokollversammlung des Pflegepersonals. In seinem einleitenden Referat beleuchtete der Redakteur des Organs des Gemeindepflegerverbandes, Dittmer, die historische Bedeutung des ungeteilten Achtstundentages. Unter Hinweis auf die Gesundheitsfrage in der Krankenpflege rechnete er scharf ab mit denjenigen leitenden Ärzten und Direktoren, die unter Anwendung aller möglichen Mittel an dem Fall des Achtstundentages arbeiten. Am meisten daran interessiert sind die Besitzer der privaten Anstalten und ihre ärztlichen Leiter, die durchweg im privatkapitalistischen Sinne orientiert sind.

Vom Standpunkt des Arztes behandelten Dr. Wehl und Dr. Kollwitz dieselbe Materie. Ihre interessanten, von reichem Bewußtsein geleiteten Ausführungen gingen aus in der Forderung an die Verwaltung, festzuhalten an der achtstündigen Arbeitszeit unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel. Besonders ist ein Auspruch des Genossen Dr. Wehl, daß eine gute Pflege, ausgeführt von angelernten Pflegepersonen, mehr wert ist als die beste zusammengeführte Medizin, die der Arzt verordnen kann.

In der Diskussion assistierte Dr. Meißner den beiden ärztlichen Referenten und behandelte die Frage des Achtstundentages von politischen Gesichtspunkten aus, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Sämtliche ihm folgende Redner vertreten einmütig die Ansicht, daß man dem Versuch, die Arbeitszeit zu verschlechtern, jederzeit ein entschiedenes Host gebieten wird. Zwei der vielen anwesenden Schwestern schlossen sich erstensicherweise diesen Ausführungen an.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der ganz entschieden gegen die Absicht des Reichsarbeitsministeriums, die Arbeitszeit im Krankenpflegeberuf auf 60 Stunden pro Woche auszuweiten, protestiert wird. Die Versammlung appelliert an die Regierung, unter Hinweis auf die Gesundheitsfrage, und verpflichten sich, einmütig zusammenzugehen, um in geschlossener Front dem Kampf gegen den Achtstundentag die Seiten zu bieten.

Einigung im Caféhausgewerbe.

Zwischen dem Verein der Caféhausbesitzer Groß-Berlins und des Gewerkschaftsbundes und dem Verband der Gastwirtschaftlichen, Verwaltungsgesellschaft Groß-Berlin, ist gestern eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der auf die bestehenden Mindestlöhne nachfolgende Feuerungszuschläge ab 18. April 1920 gewährt werden: Geschäftsführer und Blaziere pro Monat 200 M., für die Angestellten ohne Kost und ohne Wohnung pro Woche 45 M., für die Angestellten mit Kost aber ohne Wohnung pro Woche 35 M., für die Angestellten mit Kost und mit Wohnung pro Woche 25 M. Für das Personal, welches noch nicht 1/2 Jahr im Betriebe tätig ist, ermäßigt sich die Feuerungszulage in den einzelnen Positionen um 5 M. pro Woche. Garderobensfrauen, Näherinnen und Kundenverkäufer Zeitungsdrucker, Zeitungsbearbeiter und Wirtschaftler 30 M.

Die Caféhausbesitzer bewiesen hierdurch, daß sie mehr Verständnis für die notwendigen Bedürfnisse ihrer Angestellten besitzen, als ihre Kollegen im Gastwirtschaftsgewerbe.

Tarifverhandlungen im Einzelhandel.

Mit jedem Verhandlungstage erhellt sich die wachse Gehalt der neuorganisierten Einzelhandelsangestellten mehr. In der letzten Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, daß sie nicht gewillt seien, in bezug auf die Gehälter weitere Zugeständnisse zu machen. Ebenso denken sie nicht daran, das Mindestbestimmungsrecht in dem bisher im Einzelhandel geltenden Umfang zu gewähren. Auch in bezug auf den 6-Uhr-Abendzuschlag haben die Unternehmer nur ein hartes „Nein“.

Es ist daher Pflicht, daß die Angestellten soweit sie dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, der die Führung in diesem Kampfe gegen ein halbschickiges Unternehmertum hat, angehören, zu der Mitgliederversammlung erscheinen, die am Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Köpenicker, Schönhauser Allee 10/11 stattfindet. Auch solchen Angestellten, die bisher noch nicht organisiert waren, ist Gelegenheit gegeben, dortselbst dem Verband beizutreten. Die Tagesordnung lautet: Unser Tarifvertrag und die Stellung der Arbeitgeber zu Gehaltsforderungen, Mindestbestimmungsrecht und 6-Uhr-Abendzuschlag. Referent: Kollege Buschik.

Steinzeiger und Berufsgenossen, Tarifbezirk Groß-Berlin.

Laufvereinbarung mit den Arbeitgebern, beträgt der Stundenlohn ab 1. April für Steinzeiger 5,70 M., Hammer 5,35 M., Hilfsarbeiter 4,70 M., die noch kein Vierteljahr im Beruf arbeiten 4,40 M., Steinbauer 5,35 M., dazu die prozentuale Berechnung für die Affordräge.

Zwecks Eintragung in die Orts- und Sicherheitskarte haben sich die Kollegen unter Vorlegung ihres Passes und Verbandsbuches in der Zeit von 5-7 Uhr abends im Arbeitsnachweis, Mühlentier, zu melden, Listen liegen dort aus.

Illale Berlin. Am Montag, den 10. April, abends 7 Uhr, findet in der Harmonie, Invalidenstr. 1, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Sämtliche Jubilare machen die Versammlung an der Tafel bekannt.

Zur Lohnbewegung der Seifenarbeiter.

Die Seifenarbeiter Berlins, die dem Arbeiter-Verband angehören, nahmen am Dienstag den Bericht der Lohnkommission über die fortgeschrittenen Tarifverhandlungen entgegen. Der Branchenleiter Koch freute sich über den Bericht der Lohnkommission über den Verlauf der Verhandlungen. Zur Bezahlung der Streiktagelohn sei zu bemerken, daß die Industriezweige für die Organisation zu Lande sind, die Streiktagelohn ganz oder zum Teil bezahlt haben. Die Seifenfabrikanten verhalten sich hierzu ablehnend und ist diese Angelegenheit dem Überwachungsamt durch die Seifenindustrie unterbreitet worden. Die Seifenarbeiter geben sich der Hoffnung hin, daß der Überwachungsamt mehr Verständnis in dieser Sache zeigen werde, wie die einzelnen Seifenfabrikanten. Die Seifenarbeiten lauten eine Lohnerhöhung von 30 Prozent gefordert, um ihre Löhne gemäß der Erhöhung der Lebenshaltung zu erhöhen. Die Seifenfabrikanten haben auf dieser Forderung eine 15prozentige Lohnerhöhung geboten. Außerdem soll eine neue Klasse gebildet werden, welche Zuschläge für Familienangehörige vorhält.

In der lebhaften Diskussion erklärten die Redner, es sei eine Verhöhnung der Seifenarbeiter, wenn ihnen auf ihren minimalen Löhnen 15 Prozent Zuschlag angeboten werden. Die Löhne der Berliner Seifenarbeiter seien bedeutend niedriger, als die Löhne in den anderen Bezirken Deutschlands, trotzdem das Leben in Berlin bedeutend teurer sei als anderwärts. Ein Antrag, nunmehr die Forderungen auf 75 Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem Koch karggelegt hatte, daß man dadurch eine völlig neue Situation schaffen würde, und man dadurch Gelegenheit geben würde, die Verhandlungen zu verschleppen.

Die Stimmung der Versammlung zeigte, daß die Seifenarbeiter alles daran setzen werden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen.

Zur Versammlungsforderung der technischen Angestellten und Beamten durch „Kommunisten“ stellen wir fest, daß der Redner Lindenau, der sich als Vertreter der Unabhängigen Partei ausgab, von Seiten der Partei keinen diesbezüglichen Auftrag hatte. Seine unklaren Ausführungen machte er als Privatperson.

Lohnbewegung der Steinzeiger. Die Frage der Lohnforderungen der Steinzeiger konnte in der Versammlung am Dienstag nicht erledigt werden. Die in Betracht kommenden Branchen werden heute nachmittags in besonderen Versammlungen erneut zu der Frage Stellung nehmen.

Die Eisen-, Metall- und Revolvermacher stellen am Dienstag in der Schandrauerei ihre Branchenversammlung ab, in der der Branchenleiter Gron den Tätigkeitsbericht der Branche gab. Der Eintritt in die Tagesordnung gedachte er mit warmen Worten der beiden Branchenkollegen, die am 13. Januar vor dem Reichstag erschossen wurden. Dann ging Gron ausführlich auf die Schwierigkeiten ein, die die Branchenkommission im verflochtenen Jahre zu bewältigen hatte. Annähernd 500 Betriebsversammlungen wurden von der Kommission besucht. Branchenversammlungen wurden neun abgehalten. Das Organisationsverhältnis innerhalb der Branche ist als günstig zu bezeichnen. Organisiert sind im Deutschen Metallarbeiterverband 94 Prozent. Die Interessen der Kollegen in den einzelnen Betrieben ist eine große gewesen und muß unbedingt in der nächsten Zeit eine Veränderung eintreten. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Branchenversammlung mit der Tätigkeit der Branchenkommission während des verflochtenen Jahres einverstanden. Bei der Auswahl der Branchenkommission wurden die alten Mitglieder wieder gewählt und an Stelle der freiwillig ausgeschiedenen Biele, John, Sperle, Rodesmaier, Pfeiffer, Drucks, Fische, Neundorf und Diemann.

Eine gut besuchte Versammlung der Printemaler, einberufen vom Verband der Steinzeiger, Lithographen und Verwalter

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Der alte Müller, Simerls Vater, half selbst mit, das Steinerwägelchen in den Schuppen zu schieben und Tonis braune Stute an den schweren Leiterwagen zu spannen; seine Kriechfüßlein plänkelten vor Posseheit und das Rinn seines kahnen Niesers wackelte vor Lachen. „Unterhalt's eng auf, is' Safta“, freizügte er, als der Wagen davonfuhr. „Sastia, nur lustig heut“, nickte er dem Gefährt nachsehend. „morgen bringt schon der Ein' und der Andere a blutia's Schüssel heim.“ Diese Voraussicht schien übrigens den Alten nicht im mindesten zu beunruhigen, denn er hüpfte dabei lachend empor, als wollte er mit seinen dürren Beinen einen Rundsprung versuchen, als ihm dieser mißlungen war, schloß er das Tor und schlief in das Haus.

Von den Burtschen, auf deren Beteiligung gerechnet worden war, fehlte auch nicht einer: der „lautere“ Unterhaltung halber, nahm man auch noch ein paar bekannte Köpfe und Käufer mit, denen freie Pötte in Aussicht stand, und so hatten sich fünfzehn junge Leute zu einer Dummheit und mehreren Unlug zusammengefunden. Sollte der Toni für etwas Vernünftiges und Rechtes Genossen geworden, so hätte er wohl keines Leiterwagens bedurft, um sie an Ort und Stelle zu fördern.

Eine gute Stredde ließ er das Pferd im Schritt gehen, dann griff er zur Peitsche und polternd slog der Wagen dahin. Ohne Rost, über Stock und Stein ging es. Das war der Tanz, welchen Toni der braunen Stute verheißten hatte. Ueber dem Musikdröhne und Tanzgestampfe hätten die Zwischenbühler das Geranraseln des Wagens wohl überhören können, aber das grette Gejohre, mit dem die Antömmel ihre Riel bearbeiteten, iduna durch allen andern Lärm durch, der Reigen löste sich, die Reute drängten an die Reister, die Ruffl verstaumte, der Wirt stand erdarrt, er fraus sich in den Haaren und als er sich bekam und, um draussen nachzusehen, zur Türe stürzte, ward er von den Vereinstürmenden umfaßt bei Seite geschleudert.

„Grüß Gott mitkom, Bettei und Mahm!“ sährte Toni. „Da sein wir auch, jetzt kann's erst lustig werden. Aug' spielt Musikanten!“ Er warf den Spielleuten eine Banknote zu und die geigten und bliesen sofort d'rauf los.

Die Zwischenbühler vermochten ihrer Ueberraldung nicht gleich Herr zu werden, die Dirnen ließen sich unter verlegenem Lachen zum Tanz aufziehen und die Burtsche dachten nicht daran, es zu verhindern.

Der Toni hatte Helene von der Seite Muderls weggeholt. „Komm“, jagte er zu ihr. „Erkaufst's schon“, murrte er gegen ihn.

„Um Gotteswillen, Toni“, klüsterie die Dirne, unter dem Tanz, erdarrt ihm anstehend. „Was soll's geben? Ich doch, du kumst allein. Woau hast du die Wildling' mitgebracht?“

„Krap' nit, Birsi's ja seh'n“, rounte er. „Hast mir ja schon mehr als einmal vorg'worfen, ich getrauet mich nit, dich ihm freitlich a'machen.“

Sie stand plötzlich stille und beringschte, ihn an der Hand zurückzuhalten. „Hast mit dein'm Rabern g'redt?“

„Weiter!“ Er rief sie herum. „Kein Wörtel noch.“

„Aber, Toni —!“

„Sorg' nit! Wie's bisher a'wes'n, ertrag' ich's nimmer länger. Was ich tu, verantwort' ich. Verstehst' du?“

„Was willst tun?“

„Toni! Schnatter nit! Erfahrung's schon!“

Die Marinestädte verließen sich just wie Verächtertriller zu ganz ungläublichen Höhen, da rumpelte der neidliche Böhndawidder und brach mit ein paar dröhnenden „Schrumm, schrumm“ das Ganze plötzlich ab.

Erdröh'te traten die Paare auseinander.

Die Schwenkdröcker drängten vom Tanzboden nach der Schankstube. Toni leitete Helene an der Hand hinüber und ließ sie an seiner Seite niedersehen. Noch eiliche Dirnen folgten über eifriges Jureden den Schwenkdröcker nach, es waren das solche, die sich von ihrem Diebstah vernachlässigt fühlten oder beleidigt glaubten und ihm nun am Arme eines andern Burtschen spöttisch zublinzeln: „Pas hast d' davon, so g'schieht dir, weil ich mit mir nit spaßen laß!“ Die Schwenkdröcker ließen sich nicht spotten und der Wirt mußte herbeitragen, was gut und teuer.

Witten im Gelärme sährte Toni, auf Helene zeigend, seinen Kameraden zu: „Bub'! das wird mein Bäu'rini!“

Die Burtsche schmunzelten und saßen sich dabei mit zwinkern den Augen vißlig an, die paar Zwischenbühler Dirnen am Tisch saßen laut aus.

„Lacht nit“, erbohte sich Toni. Er legte seine Linke mit aufgeschpreiteten Fingern auf das rechte Bein Helene's. „Die wird meine Bäu'rini!“

Nun lachten die Burtsche. Die Dirnen saßen sich achsel-zugend an.

„Lach's gut sein“, sagte Toni zu dem Mädchen, das darüber ganz verblüfft darsaß. „heut' über's Jahr lachst' i' nimmer.“

Während es in der Schankstube „hoch“ herging, hatten sich im Tanzlokale die Zwischenbühler atollend in eine Ecke zusammengedrängt.

„Das geht nit an!“ sagte ein stämmiger Burtsche, der alle um eine volle Kopfgröße überragte. „Kein zweites Mal dürfen wir die Salkermunter nimmer zum Tanz antreten lassen, sonst wär's g'schit; nachher sturden wir bis in d'Fruh da h'rum wie denen ihnerer Parren und 'n Menschern zum Svott! Kadest' wir mit lang! Dö werb'n mer doch noch meistern können? Geh'n wir über sel! Dö soll'n schmäler draucht sein, wie's h'reinkommen sein!“

„Kangen wir was on mit is!“ narmelten ein paar Eifrige.

„Mir leidet wie dö“, fuhr der Stämmige fort. „geh's Jeder, dem sein Dirn' sich hist d'rüben traktiern laßt, und schaff's ihr's Serüberkommen.“

Die Betreffenden murrten: Die Dirnen könnten in drei Teufels Namen sterben, wo sie wären, es läß' Keinem mehr etwas an der Seiten.

„Des Schläppen“, sährte der Aufseher, „freitlich liegt an Keiner nit, aber das können wir uns Zwischenbühler Bub'n doch nit nachsagen lassen, das da in eigenem Ort nit wir die Herren wären, sondern dö von Schwenkdröckl. Geh', Steebänder Muderl, du bist kein' so Seltsigen und dir kann an deiner Dirn schon was klag'n. Bist' f' umhi!“ Wir stehen schon zu dir!“

(Fortsetzung folgt.)

\*) Bist' f' umhi = Biete sie umhi, d. h.: Gebiete ihr Hochzeitskompen.

\*) Lauters = nicht von lauter, rein, sondern von laut, lahmend.

Verufe, nach am 6. d. M. erstmalig zu einem Beschlusse, der einstimmig angenommen wurde, Stellung. Es wurde eine neungliedrige Verhandlungskommission gewählt. In der sehr regen Besprechung verlangten auch die Printenmacher für sich eine achtstündige Arbeitszeit und bezuhten auf die höchste Bezahlung, wodurch die Kollegen gezwungen waren, zehn und noch mehr Stunden zu arbeiten, um ihr Leben nur notdürftig fristen zu können. Es wurde der Antrag gestellt, nach Annahme des Berliner Tarifes, denselben auch im Reich zur Durchföhrung zu bringen. Dem Schluß forderte der Vorsitzende auf, sich fest und geschlossen hinter die Organisation zu stellen, um dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die nächste Versammlung findet am 20. d. M., abends 6 Uhr im Caprichen Vereinshaus statt.

**Gewerkschafts-Genossen Schöneberg.** Die Genossen, welche gewillt sind, in den neugründenden Ortsklub (C-Gruppe) einzutreten, wollen sich recht bald bei ihrem Bezirksführer oder Kreisorganisation melden. Militärpapiere sind mitzubringen. Die Bezirksführer geben umgehend die Adresse der sich meldenden an den Obmann der Gewerkschaftskommission Oskar Hauffe, Rolandstraße 25. Der Ausschuh der Schöb. Gewerkschaftskommission.

**Achtung Preisverächtern!** Für die Mitglieder der Sonntagsgeschlossen haltenden Geschäftsbetriebe findet am Sonntag, den 18. April in folgenden Lokalen Kontrollversammlung statt: Zentrum, Elisabethstr. 80; Friedrichshagen, Georgenstr. 24; Weissdamer Viertel, Linkstr. 14; Bahz. Viertel, Martin-Luther-Str. 78. Erscheinen unbedingt notwendig; Mitgliedsbuch mitbringen!

Für die am Sonntag arbeitenden Mitglieder findet am Montag, den 19. April, vormittags 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft in Niederschönhausen, Strauchwiese, statt. Kontrolle der Mitgliedsbücher von 10 bis 11 Uhr, nachdem Anwesenheit.

**Kontrollverband der Arbeiter.** Der Vorstand der Junung, 120 M. pro Stunde Zuschlag auf die bestehenden Löhne, ist von der Kontrollkommission angenommen und muß vom 6. April ab nachgezahlt werden. Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Ostramwerke.** Sonnabend, d. 17. 4. 20, mittags 1 1/2 Uhr, Prochstraße des Ostram, Frankfurter Allee; Versammlung aller Kolleginnen und Kollegen, welche ausfehen müssen.

# Groß-Berlin.

## Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Weil es gilt, im bevorstehenden Wahlkampf alle Kräfte einzusetzen, wird auch die Arbeiterbildungsschule ihre Einrichtungen in den Dienst unserer Wahlbewegung stellen. Sie wird für die Referenten eine Reihe von Vorträgen veranstalten, die den Zweck haben sollen, den im Wahlkampf tätigen Genossen die großen Zusammenhänge wirtschaftlichen und politischen Geschehens aufzuzeigen, um ihnen das wissenschaftliche Tafelmaterial zu vermitteln, dessen Kenntnis zur erfolgreichen Führung des Kampfes unerlässlich ist. Die Themen der Vorträge lauten: 1. Die politischen Parteien und der Wahlkampf; 2. Die deutsche Reichsverfassung; 3. Ein Jahr Nationalversammlung; 4. Militarismus, Konterrevolution und der Klassenkampf des Proletariats; 5. Die Politik der U. S. V.; 6. Die Wirtschaftslage; 7. Sozialisierungsfragen; 8. Steuer- und Finanzpolitik; 9. Ernährungsfragen; 10. Auswärtige Politik; 11. Demokratie, Parlamentarismus und die Diktatur des Proletariats; 12. Kirche und Schule.

Der Vortrag „Die politischen Parteien und der Wahlkampf“ findet bereits am Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr, im Plenarsitzungslokal des Berliner Rathauses statt. Vortragender ist der Genosse Emil Eichhorn. Raum, Datum und Referenten für die weiteren Vorträge werden von Fall zu Fall bekanntgegeben, da es in der Kürze der Zeit noch nicht möglich war, alle Vorbereitungen zum Abschluß zu bringen. Zu den Vorträgen zugelassen werden nur die als Referenten tätigen Genossen und solche Parteigenossen, die mit einem Kusweis ihrer Organisation versehen sind. Die Organisationen sind in Kenntnis gesetzt.

## Räteschule der Groß-Berliner Arbeiterklasse.

Seit dem Generalstreik werden die Kurse durchschnittlich schwach besucht. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß sämtliche Kurse wie bisher weitergehen, mit Ausnahme derjenigen, die auf Grund ausdrücklicher Vereinbarung zwischen Hörer und Lehrer als geschlossen erklärt wurden.

Der Genosse Weigand läßt mitteilen, daß seine Kurse über Materialkunde Dienstag abends 7 Uhr, Mittwoch abends 8 Uhr, Donnerstag abends 9 Uhr, Freitag abends 10 Uhr, Samstag abends 11 Uhr, Sonntag abends 12 Uhr, noch einmal geben und dann schließen.

## Sport und Politik.

Auf dem stark besuchten Bezirksklub des ersten Bezirks vom 1. Kreis des Arbeitervereins und Sportklub, der am Donnerstag abends bei Hütner, Schöneberger Straße tagte, sprach in einem einwöchentlichen wöchentlichen Vortrag Genosse Weyer über die Aufgaben der Arbeiterpartei in der jetzigen Zeit. Politisch denken und handeln sei ohne Rücksicht jedes Sportlers. Programmatisch stehen die Berliner Arbeiterpartei auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Sie wollen sich aktiv an dem Freiheitskampf der Arbeiterklasse beteiligen. Sie treiben Sport, um dem Proletariat gesunde Massenbewegungen entgegen zu bringen, die den bürgerlichen Sportverbänden, welche den Sport zu konterrevolutionären Zwecken ausnützen, während der Sportverbände haben Löhne der bürgerlichen Sportler in den Dienst der Reaktion gestellt. Die Einwohnerwehren sind durch die bürgerlichen Turnern, Fußballspielern usw. zu bekämpfen, daß jeder noch ein erheblicher Teil der Arbeiter in den bürgerlichen Sportvereinen Mitglied ist. Der Leipziger Parteitag hatte eine Resolution, welche den Ausschluß derjenigen Parteimitglieder, welche noch Mitglieder in den bürgerlichen Sportorganisationen sind, fordert, dem Vorstand zur Ausführung überwiesen.

Die nächstliegende Aufgabe forderte der Referent Eintritt der Arbeiterpartei in die Arbeitervereine. Voraussetzung sei aber, daß bürgerliche Sportler von der Aufnahme in diese sozialistischen Arbeitervereine ausgeschlossen werden müssen.

Eine Resolution, die im wesentlichen das Angeführte enthält, wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Diese Resolution ist der am 18. und 19. April in Leipzig tagenden Reichsvereinstagungsversammlung als Material überwiesen worden.

## Kapfisten in Hohenschönhausen.

Von Gemeindearbeitern wird geschrieben: Am 16. März legten die Gemeindearbeiter die Arbeit nieder. Am demselben Tage noch erhielten sie folgendes Schreiben:

Gemeindebauamt.  
Zgh. Nr. 5  
Berlin-Hohenschönhausen, den 16. März 1920.  
Am 16. März er. haben Sie Ihre Beschäftigung bei der hiesigen Gemeinde niedergelegt.

Sofern Sie am 17. März er., vormittags 1/2 8 Uhr, Ihre Tätigkeit nicht wieder aufgenommen haben, sind Sie ohne Kündigungsfrist entlassen.

Ihre Papiere liegen im hiesigen Bauverwaltungsamt, Hauptstraße 43, Zimmer 8, zur Abholung bereit. Der Kündigungsbrief ist bei der hiesigen Gemeindekasse zur Abholung angewiesen. Ist die Abholung nicht binnen 8 Tagen geschehen, so erfolgt Zustellung durch Post oder Notariats unter Abzug der Kosten.

Walter.  
Durch scharfen Protest unserer Schöffen und Gemeindevorsetzter gelang es, die Kündigung zurückzunehmen. Bei diesen Verhandlungen jagte der Gemeindevorstand zu dem Obmann der Beamten und Angestellten: „Die Regierung Kapp-Lüttich ist schon zwei Drittel von Deutschland anerkannt. Wer jetzt noch streikt, trete dieser Regierung entgegen, und werde im Disziplinarverfahren entlassen.“

Diese Verhöhnung hat der Obmann (der Beamten) in Gegenwart von Gemeindevorsetzern und des Gemeindevorsetzers aufgebracht.

Am 3. April erhielten 8 Gemeindearbeiter (darunter 4 Arbeiterauschussmitglieder mit Obmann) ein Kündigungs Schreiben, das wegen Betriebsbeschränkung ihre Entlassung erfolgslos machte. Der Arbeiterauschuh wurde wegen der Entlassung nicht gehört. Es handelt sich um eine glatte Mahnung. Unter den gekündigten Arbeitern befinden sich Leute, die schon seit 1911 beschäftigt gewesen sind. Die 4 Streikbrecher werden vom Gemeindevorstand in Schutz genommen, dafür 8 tüchtige ausländische Arbeiter, weil sie dem Herrn nicht genehm sind, auf die Straße gesetzt.

Der Lebensmittelpreiser und Schöffe H. mußte bei den Verhandlungen eingestehen, daß er aus dem Gemeindevorstand den Kapp-Lüttichgruppen 1 Portner Kartoffeln gegeben habe. Es wird Zeit, daß auch in Hohenschönhausen energisch zugegriffen wird.

## Die Verkehrsnot auf den Vorortstraßen.

Die Klagen über unzulängliche Beförderung des Publikums auf den Vorortstraßen wollen nicht aufhören; sie verstärken sich im Gegenteil. Am schlimmsten sind die Verkehrsverhältnisse in den frühen Morgenstunden, in denen die Arbeiter nach ihrer Arbeitsläufe fahren. Die Wagen sind so überfüllt, daß vielfach Arbeiter auf den Leitplätzen stehen, um nur mitzukommen. So wird uns geschildert, welche entsetzliche Hölle der Vorortzug Erkner-Potsdam aufweist, der Friedrichshagen 8 Uhr 10 Minuten verläßt.

Der Linienzug ist bedauerlich so groß, weil viele Arbeiter, die in der Umgebung von Friedrichshagen wohnen, von dieser Station aus weiterfahren. In Köpenick angekommen, erscheinen Polizisten und Bahnbeamte im Zuge, um festzustellen, wer in der 2. Klasse Platz genommen hat, ohne eine Karte für diese Klasse zu haben. Die Feststellungen müssen, wie das am 14. April vorgekommen ist, kurzschließen und können erst mit dem nächsten Zug weiter fahren, während die 2. Klasse-Wagen ziemlich leer nach Berlin laufen. Welche katastrophalen Schäden wird durch diese unglückliche Verkehrsbehinderung angerichtet. Und da heißt es immer: Nur Arbeit! Lohn und Heil! Spottet ihrer selbst und wissen nicht weil!

Wie hier, so liegen die Dinge auf vielen anderen Straßen.

## Nochmals die Technische Nothilfe.

Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe hat uns kürzlich unter Bezugnahme auf das Protokoll eine lange Verächtigung zugesandt, die wir in Nr. 122 zum Abdruck gebracht haben. Wir haben damals schon die Mächtigkeit dieser „Verächtigung“ klar angezeigt, denn die uns gemachten Angaben stammten aus durchaus glaubwürdiger Quelle. Heute nun gingen uns wieder mehrere Aufschreiben von Arbeitern zu, die teils in Gaswerk II Charlottenburg, teils in der Städtischen Elektrizitätszentrale Rosenthal, Südost, beschäftigt sind. Auch diese Aufschreiben bestätigen voll und ganz, daß die Technische Nothilfe in den Werken, wo sie tätig war, heillose Verwüstungen angerichtet und Millionenwerte vernichtet hat.

Die Kunde, daß die Diebstähle durch fremde Personen, die Zutritt zu den Werken hatten, ausgeführt wurden, ist hinlänglich durch die uns mitgeteilte Tatsache, daß niemand ohne Kusweis die Tore zu den Werken passieren durfte, und daß die Werke militärisch stark besetzt und sogar Maschinen-gewächse aufgestellt waren. Es kann für die Diebstähle also niemand anders in Betracht kommen als Angehörige der Technischen Nothilfe. Wie umfangreich diese Diebstähle waren, geht daraus hervor, daß allein im Gaswerk II Charlottenburg sieben Treibriemen neben verschiedenem Handwerkszeug verschwunden sind. Will die Technische Nothilfe jemand einreden, daß auf einem Werk, wo Tag und Nacht gearbeitet wird, von fremden Personen sieben Treibriemen herausgeholt werden können?

Was nun die Beschäftigung dieser Individuen anbelangt, so ist festzustellen, daß sie 40-46 M. pro Tag erhalten haben. Daneben erhielten sie noch eine vorzügliche Verpflegung, denn die leeren Fleischhälften mit der Aufschrift „Schweinefleisch“ trieben sich nach dem Verlassen der Räume durch die Nothilfe noch massenweise umher, was, nebenbei bemerkt, auch ein Licht wirft auf die Behauptung, es sei vorher gründlich gereinigt worden.

Der „Vorwärts“ ist übrigens in der Lage, ein Schreiben der Direktion der Städtischen Gaswerke Charlottenburg zu veröffentlichen, aus dem hervorgeht, daß durch das Eingreifen der Technischen Nothilfe ein ganz ungewöhnlich großer Verbrauch von Öl, Ölstoffen und Werkzeugen eingetreten ist und daß auch einzelne unläutere Elemente darunter (unter den Nothilfeern) gewesen sind, die die Gelegenheit zur Ausführung von Diebstählen nicht haben vorbegehen lassen.

Damit die Hauptstelle weiß, daß wir gut informiert sind, wollen wir auch einige Namen folgen lassen, denen Inhaber der Technischen Nothilfe für das Gaswerk II Charlottenburg zur Verfügung gestellt haben. Es waren tätig in der Gruppe „Politische“: Alfred Müller, Paul Britsch (Revisor), R. Bede (Stellvertreter), Kolbner (Vorarbeiter), Ritzgen (Vorarbeiter), Markens (Vorarbeiter), von Hagen (Waldschmidt), Zeige (Maschinist), Schwarte (Maschinist), Gerstmann (Schloßmacher), Soig (Schloßmacher), Hollmayer (Vorarbeiter), Luno (Monteur), Standy (Monteur), Kallert (Monteur). Neben Schülern aus höheren Schulen, die von ihren Lehrern beurlaubt waren, sah man in dieser Gesellschaft auch viel höchstens Obfindel, das wohl nur darauf ausgegangen ist, unter dem Schutze der Technischen Nothilfe zu fröhen.

Alles in allem: die Technische Nothilfe, eine von Noth so sehr begesetzte und passivste Schutzhülle der Reaktion, hat sich bei der Bekämpfung des Generalstreiks als ein arger Stöhring der Arbeiterklasse gezeigt. Davon ändert auch keine noch so lange Bewandlung etwas.

**Fahrpländeränderungen bei der Großen Berliner Straßenbahn.** Im Sonntagfahrplan der Linie N O ist eine geringfügige Verächtigung der Abfahrzeiten von den Endpunkten nötig geworden, die vom 18. d. M. ab durchgeföhrt m. d. Zur Beförderung gleichmäöigerer Fahrgäände im Verkehre gelangen ferner auf den Linien 23, 24, 42, 68, 108 und 97 am 21. d. M. neue Fahrpläne zur Einföhderung, bei denen die Abfahrzeiten dieser Linien um einige Minuten gegen die bisherigen verändert sind. Näheres ergeben die Auskänge in den Blättern.

**Groöe Kohlenföhrungen, die eine Frau Ködzig, Witwe, des Charlottenburger Magistrats, betrieb, werden von der Kriminalpolizei verfolgt. Der Betrag der veröschwendeten, der Allgemeinheit entzogenen, dafür aber in den Schleich- und Hinterhändeln zur Befähigung Einzelner gebrachten Kohlen war zunächst auf 25 000 Renteur ermittelt worden. Die Nachforschungen haben jedoch ergeben, daß die Menge noch viel größer ist. Es ist auch gelungen, eine ganze Reihe von Kohlenhändlern zu ermitteln, die händliche Abnehmer für die Schleichverköhren waren. Auch sie werden außer Frau Ködzig unter Anklage gestellt werden.**

**Der Kohlenhändlerin Emilie Hölz, Rosenthal, Gannert Str. 5, ist wegen großer Veröschte gegen die Verordnung des Reichsverbandes Groß-Berlin der Fortbetrieb des Kohlenhandels untersagt worden.**

**In eine Kasse gestohlt und beraubt wurde Donnerstag abends ein Arbeiter J. aus der Prenzlauer Allee. An ihn waren zwei Männer heran, die behaupteten, ihm einen Zentner Kohlen für 5000 Mark verkaufen zu können. J. ging auf den Handel ein und folgte den beiden nach einem Hausflur am Georgen-Feldplatz, wo das Geschäft abgeschlossen und der Kohle übergeben werden sollte. Raum hatten die drei den Feuer betreten, da fielen die beiden „Verkäufer“ über den Werkmeister her und raubten ihm die Bröckel, die 5000 Mark enthielt. Dann ergriffen sie die Flucht und entliefen.**

## Lebensmittellisten.

**Schöneberg.** Die zum 20. April Voranmeldung für 250 Gr. weiöhe Sohn auf 3, 250 Gr. inländische Erbsen auf 4 der roten und grünen Schöneberger Bezugskarte. — Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 4 Pfd. Kartoffeln auf 17a—d der Schöneberger Bezugskarte, ohne Voranmeldung; für ausfallende Kartoffeln 100 Gr. Soja auf 17e und 500 Gr. Bohnen auf 17f und g der Kartoffelkarte, 2 Pfd. Soja auf den Topfplattendienst 2 der Schöneberger Bezugskarte; ferner werden verteilt: 125 Gr. Gerstengröße auf 10, 125 Gr. Weizenmehl auf 11 und 250 Gr. zuckergefüllte Marmelade auf 14 der allgemeinen Lebensmittellisten.

**Prenzlauer.** Die Erlaubnis für lebende Kartoffeln weiöhe Sohn (Mangosohnen) auf 14—g je 100 Gr., zusammen 200 Gr. Preisveröschte, 6 Pfd. Kartoffeln.

## Aus den Organisationen.

- 13. Distrikt. Der heitere Karneval findet nunmehr am Sonntag, 18. April, abends 7 Uhr (Einlaß 6 Uhr), in der Schulaula Gieselerstraße 40 statt. Eintritt 2 M. sind noch bei dem Genossen Sänker, Gieselerstr. 18, zu haben.
- 14. und 15. Distrikt. Elternbeiräte. Die für Sonntag früh bei Krüger, Puffstr. 10, angelegte Zusammenkunft findet erst am Montag abends 7 Uhr dortselbst statt.
- 17. Distrikt. Versammlung der Gewerkschafts- und Rätekommision am Sonnabend, 17. April, abends 7 Uhr, bei Rehr, Wozstr. 12.
- 18. Distrikt. Fortsetzung des Kurzes Programm, Donnerstag, den 22. und 29. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula, Gieselerstr. 4, Charlottenburg. Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr Nationalversammlung im Rathaus, Zimmer 1.
- U. S. V. Föhrung sozial. Lehres. Sonnabend nachm. 4 1/2 Uhr Sitzung im Rathaus, Zimmer 100. 1. Vorstandswahl. 2. Elternbeiräte. Wichtig!

## Bereinstunden.

- Zeitveröschte Gemeinde. Sonntag, 18. April, vorm. 11 Uhr, im Stadthaus, Kollwitzstr. 50, Vortrag des Herrn Dr. W. Eiler: „Lebensnot und der Weisheit“. — Oportunum: Zug zum Wälder (Wagner). — Gölle willkommen.
- Arbeiter-Samaritaner-Bund, Antonius Groß-Berlin. Abteilung Weihenstephaner-Kursusbeginn, am 12. April, abends 7 Uhr im Restaurant „Berliner Hof“, Antonplatz; Abteilung Offen: Föhrung der Kursusleiternehmer am 18. April, abends 7 1/2 Uhr im Lokal Schönebergerstr. 60; Abteilung Norden: Föhrung der Kursusleiternehmer am 22. April, 1/2 8 Uhr, im Lokal Wobeserstr. 22; Abteilung Südost: Föhrung der Kursusleiternehmer am 28. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Weihenstephanerstr. 8. Vorstandswahl. Lehres. Sonnabend nachm. 6 Uhr Generalversammlung im Rathaus, Zimmer 100.
- Bund für pol. Kultur, Ostgruppe Wedding. Sonnabend 1/2 8 Uhr Rede: 6 Vortrag des Genossen Schiller: „Kritik der pödagogischen Forderungen der sog. Bewegung“. Gölle willkommen, Eintritt frei.
- Sozialistische Vereinstagungs-Groö-Berlin. Sonnabend, 17. April, abends 7 Uhr, Zentralversammlung im Jugendheim, Köpenicker Straße 7 L. Erscheinen aller Delegierten ist unbedingt notwendig.
- Freie sozialistische Jugend, Wedding I. Die Jugendgenossen treffen sich zur Anwesenheitsbesprechung für den Genossen Rudolf Kramer Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr Wollf, Ede Geschützstraße.
- Freie sozialistische Jugend Reinickendorf-Ost. Sonntag abends 7 Uhr Schulentföhrungsfeier im Jugendheim, Krenzstr. 70. Alle Schulentföhrer und deren Eltern sind dazu eingeladen.
- Turnvereine „Nichte“. Sonntag nachmittags 2 Uhr Entzernen der Männerabteilungen auf dem Turnplatz Treptow, Köpenicker Ringstraße. — Entzernen der Frauenabteilungen auf dem Turnplatz Mahlsdorf, Thuner Straße.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wlepp, Rosenthal. Berlingsgenossenschaft „Freiheit“, s. O. m. b. O., Berlin. — Druck bei Lindenbröcker und Verlagsgesellschaft m. b. O., Schiffbauerdamm 19.

Messing, Kupfer, Aluminium, Blei und andere Metalle  
höchsten Tagespreisen  
Schlosserei  
**NIEMANN,**  
Stallschloßstraße 55,  
am Hof, im Keller, 1. Laden

**Kauf**  
höchstzahlend  
Kabel, Litzen, Motore  
Leitungsdrähte, Schreib-  
maschinen, sowie sämtl.  
Installationsmaterial.  
Elektr. Werke, Neuhaus  
Kottbuser Damm 96, Eing.  
Schinkestr. Tel: Mpl. 6187.

**Kupferdrähte,**  
Motore, Elektromaterial  
kauft **Endemann,**  
Königsstadt 9223,  
Wabmannstraße 22.

Schnellabfuhrer, neue,  
jeden Posten  
bis 200 M. Naturstahl.  
Holzschrauben kauft  
**Friedrich Morgenstern**  
nur Lichtenberg,  
Weichselstr. 18, Alex. 1260

**Grammophonplatten**  
alte, auch Bruchstücke  
das Kilo 20 Mark, also die Platte je nach  
Gewicht 4-9 Mark, auch Wachswalzen,  
Kilo 10 Mark, kauft  
**Ringwald, O., Schreinerstr. 57**  
Ostgebäude, parterre, rechts

**Hochgradige**  
pockennarbige  
Personen sollen sich  
zwecks wissenschaftlicher  
photographischer  
Aufnahme schriftlich  
melden  
unter „Kultur 1920“ Exped. d.  
Blattes „Schiffbauerdamm 19.

**Grammophon-Platten.**  
auch Bruch, jed. Posten, Platte  
bis 10 M. Kilogr. 20 M. Preisgel.  
Ortsstr. 60, an der Wiener  
Brücke, Fahrgeld vergütet.

**Schnellabfuhrer.**  
Schmirgelstein, Naturstahl,  
Feiler, Reibstein, Gewinde-  
bohrer, 2000 Karli zu aller-  
höchsten Tagespreisen. Hand-  
ker Extrapreis. Heuschel,  
Schöb. Restorier Str. 22

**Elektromstore**  
Gleichstrom 11; Dreistrom  
kauft  
**Ingénieurbureau Schlichting**  
Berlin W 9, Linkstr. 18.  
Tel: Lötze 2709 und 2818

**Kupfer**  
Messing  
Blei  
Zinn  
Zinn  
Eisen  
**Fuchs & Wild**  
Katzlerstraße 10  
(am Bahnhof Yorkstraße)

**Achtung! Billig!**  
Kleider, Blusen,  
Röcke,  
Mäntel, Stoffe  
**Streblow,**  
Trosckowstraße 21.

**Lötzinn bis 20.— p. Kilo**  
Zinn bis 40.— per Kilo  
kauft  
**Zinnschmelze Cassirer**  
Schulzendorfer Straße 13  
Tel.: Norden 5634, Stpl. 1203  
Ausk. nur vorm. 9/—2

**Metalle!**  
Bis Montag 10 Uhr:  
Kupfer p. Kilo M. 12.—  
Messing „ „ „ 8.—  
Blei „ „ „ 3.50  
Nur **Wassmannstr. 22, Laden**

**Kupferleitungen,**  
Motore, Dynamodräh  
kauft zu Höchstpreisen  
**Elektrobureau Lange** Str. 27,  
1 Treppe, nicht Keller.  
Alexander 2028.

**Gitarrenspieler**  
(Blattspieler),  
von größerem Mandolinclub  
gesucht. — Uebungsabende  
Freitags. Restaurant Hand-  
straße 42.